

STADT HILPOLTSTEIN



Stadt Hilpoltstein, Marktstr. 1, 91161 Hilpoltstein

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72

10565 Berlin

HAUSADRESSE:
MARKTSTRASSE 1
91161 HILPOLTSTEIN
POSTFACHANSCHRIFT:
POSTFACH 1160
91155 HILPOLTSTEIN
TELEFON 09174 / 978-0

Aktenzeichen	Sachbearbeiter	E-Mail	Durchwahl	Telefax	Datum
0256T001	Jutta Schneider	Jutta.Schneider@hilpoltstein.de	09174/978-102	09174/978-119	22.05.2014

Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan Strom 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Hilpoltstein hält die im Entwurf zum NEP 2014 vorgesehene Stromtrasse D09 (HGÜ-Verbindung von Lauchstädt nach Meitingen), Korridor D, für nicht notwendig.

Die Notwendigkeit des Korridors D wird im Entwurf des NEP 2014 zum einen damit begründet, eine drohende Versorgungslücke im Süden Deutschlands nach Abschaltung der Atomkraftwerke zu schließen, zum anderen solle überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien vom Nordosten Deutschlands abtransportiert werden. Beide Ziele können aus unserer Sicht auch ohne die geplanten Stromtrassen erreicht werden – durch den Einsatz neuer Technologien sowie durch die Anpassung der Rahmenbedingungen für den Betrieb von Gaskraftwerken.

1. Der Begründung des Projektsteckbriefs für den Korridor D (S. 242) ist zu entnehmen, dass es im Nordosten Deutschlands zeitweise zu einer Überdeckung des eigenen Bedarfs durch EEG-Stromerzeugung komme. Der geplante Korridor D solle neben der Versorgung des süddeutschen Gebiets u.a. auch dazu dienen, überschüssig erzeugten Strom über Bayern nach Österreich in die alpinen Speicher zu transportieren.

Innovative Technologien, etwa das „Power to Gas“-Konzept, mit dem Strom zu Gas umgewandelt werden kann, wurden hierbei nicht berücksichtigt – obwohl deren Entwicklung und Einführung laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung als Ziel festgelegt ist. Es sind bereits Pilotanlagen mit einer elektrischen Eingangsleistung von mehreren Megawatt in Betrieb. Ein Ausbau dieser Technologie im Nordosten Deutschlands würde die Möglichkeit schaffen, Schwankungen bei der Einspeisung aus erneuerbaren Energien (insbesondere Windkraft) sowie einen Überschuss an Strom vor Ort zu verringern. Das erzeugte Gas könnte in das vorhandene Netz eingespeist, dadurch zu einem gewissen Grad gespeichert und an andernorts in andere Energieformen umgewandelt werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, den Export überschüssigen Stroms an Pumpspeicherkraftwerke außerhalb Deutschlands zu niedrigsten Preisen durch den Korridor D weiter zu stärken.

2. Selten auftretende Stromerzeugungsspitzen können durch die Regelung von konventionellen Kraftwerken und EEG-Anlagen – bei vertretbarem Aufwand vermieden werden. Auf den Bau eines überdimensionierten Stromnetzes kann so verzichtet werden.
3. Aus der Begründung des Projektsteckbriefes für den Korridor D geht weiterhin hervor, dass angenommen werde, *„Gaskraftwerke ersetzen die stillgelegten Kernkraftwerke in Zukunft nicht vollständig, da sie unter den geltenden Marktbedingungen nicht zur Sicherung der Grundlast dienen“*. *Süddeutschland sei daher auf Energietransporte aus anderen Regionen mit gesichert verfügbaren konventionellen Kraftwerkskapazitäten angewiesen*. Es ist anzunehmen, dass hierbei insbesondere Strom aus Braunkohle eine Rolle spielen soll. Diese Vorgehensweise widerspricht den Klimaschutzziele – schließlich entsteht bei der Erzeugung von Strom aus Braunkohle im Vergleich zur Stromerzeugung in einem Gaskraftwerk wesentlich mehr Kohlendioxid.
Es ist davon auszugehen, dass Gaskraftwerke wirtschaftlich betrieben werden können, wenn die Preise für CO₂-Zertifikate deutlich erhöht werden. Dann wären auch Gaskraftwerke zur Sicherung der Grundlastversorgung einzubeziehen. Die Lücke, die durch die Abschaltung der Atomkraftwerke in Bayern entsteht, könnte damit mit Gaskraftwerken geschlossen werden, soweit sie nicht ohnehin durch erneuerbare Energien verringert werde.
4. Die Szenaren B 2024 und C 2024 gehen – im Gegensatz zu Szenario A 2024 von einem Anstieg der installierten Leistung bei Gaskraftwerken aus. Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade für Bayern in den Szenaren B 2024 und C 2024 im Vergleich zu Szenario A 2024 eine geringere Stromerzeugung in Gaskraftwerken angesetzt wird. Die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten lassen vermuten, dass die mögliche Stromerzeugung in Gaskraftwerken ein Vielfaches der in den Szenarien angenommenen Mengen betragen könnte.
5. Experten kritisieren, die technischen Möglichkeiten zur Netzoptimierung werden nicht vollständig ausgeschöpft (so z.B. Prof. Dr. Jarass). Dem Prinzip „Netzoptimierung vor –verstärkung vor –ausbau“ ist so nicht ausreichend Rechnung getragen.
6. Insgesamt findet der weitere mögliche Ausbau dezentraler Lösungen zur Energieversorgung zu wenig Beachtung.
7. Weiterhin ist festzustellen, dass durch die neue Gleichstromtrasse unnötigerweise riesige Flächen an Wald, unberührter Natur, geschützten Landschaften und Naherholungsgebieten nicht nur gefährdet und bedroht, sondern zerstört werden.
8. Es gibt keinerlei wissenschaftlich fundierte Untersuchungen, dass durch die Gleichstromleitungen (weder in Form von Freileitung noch in Form von Erdleitung) gesundheitliche Gefährdungen für Menschen nicht bestehen. Insoweit ist auch das

Fehlen von gesetzlich normierten, bundeseinheitlichen Abstandsflächen nicht hinnehmbar.

9. Besonders zu betonen ist nochmals, dass auf der Trasse überwiegend Braunkohlestrom in den Süden transportiert wird und nicht regenerativ erzeugter Strom. Dies führt auf der einen Seite zu immensen Schadstoffbelastungen bei der Produktion und zu ebenfalls immensen Umweltbelastungen und Zerstörungen in den Braunkohleabbaugebieten. Auf der anderen Seite werden im Süddeutschen Raum die Anstrengungen zur Verstärkten der Erzeugung regenerativer Energien konterkariert. Die Milliarden Euro für die HGÜ-Trasse sind wesentlich sinnvoller und zukunftsorientierter in der Erforschung z.B. von Stromspeichern einzusetzen.

Sofern hohe Kosten gegen die oben vorgeschlagenen Maßnahmen sprechen sollten, so verhindern diese eine schwer abschätzbare Milliardeninvestition in eine Stromtrasse, die eine weitere technologische Entwicklung im Bereich der Speichertechnik und Stromumwandlung ausbremst. Der NEP stellt eine Entscheidungsbasis für den Bundesgesetzgeber dar. Daher sollten auch Szenarien betrachtet werden, die zunächst eine Anpassung der Rahmenbedingungen (etwa Regulierung des CO₂-Ausstoßes) voraussetzen.

Wir fordern daher, die Auswirkungen

eines Lückenschlusses der Stromversorgung in Süddeutschland durch einen Betrieb der Gaskraftwerke zur Grundlastsicherung (*unter der Maßgabe, die Wirtschaftlichkeit wird durch Preiserhöhungen für CO₂-Zertifikate hergestellt*) sowie durch einen Ausbau dezentraler Versorgungslösungen im Bereich der erneuerbaren Energien

und

eines Abbaus des Stromüberschusses aus erneuerbaren Energien im Nordosten Deutschlands durch den Einsatz neuer Technologien (etwa des „Power to Gas“-Konzepts), einer der Regelung von Anlagen bei Stromspitzen sowie der Nutzung aller technischen Möglichkeiten zur Optimierung der bestehenden Stromnetze

für den Korridor D bei allen Szenarien im NEP 2014 zu simulieren.

Es ist davon auszugehen, dass unter diesen Rahmenbedingungen eine Notwendigkeit dieser Stromtrasse nicht gegeben ist.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mahl
Erster Bürgermeister